

Russland gegen den Westen – oder umgekehrt?

In den meisten weltpolitischen Diskussionen in «westlichen» Gesprächsrunden kommt «Putin» schlecht weg. Entweder wird er gleich zu Beginn der Gespräche als der «Böse» abqualifiziert oder in der Quintessenz der Gespräche als der «Schuldige an allem» erkannt. Teilnehmer mit abweichenden Meinungen sind «Putin-Versteher».

Erwin Mächler

Zwei entscheidende Bereiche prägen seit 30 Jahren die West-Ost-Beziehungen:

- Die US-amerikanische Weltpolizistenrolle, nach 9/11 intensiviert durch einen Rache-Feldzug gegen den Islamistischen Terror und

- die NATO-Osterweiterung.

In der Folge des Zweiten Weltkrieges und bis in die jüngste Zeit wurde es als positiv empfunden, dass die Weltmacht USA überall in der Welt einzugreifen bereit war, wo etwas vermeintlich politisch Unkorrektes passierte. Meist erfolgten diese Eingriffe militärisch, praktisch nie durch den UNO-Sicherheitsrat sanktioniert, also völkerrechtswidrig. Beispiele dazu sind: Philippinen, Jugoslawien, Iran, Irak, Libyen, Syrien, Somalia, Ukraine und weitere.

Ziel dieser Eingriffe war und ist immer ein sogenannter «Regime Change». Da sich diese Eingriffe zu katastrophalen Kriegshandlungen entwickelten, oft mit vorausgehenden oder nachfolgenden Bürgerkriegen verbunden, wandelten sich die positiven Wahrnehmungen in Kritik, neuerdings in scharfe Kritik. Es wurde auch bald klar, dass die meisten Eingriffe primär der amerikanischen Weltmachtspolitik dienten, einschliesslich dem Zugriff auf und der Sicherung der weltweiten Öl-, Gas-, und Rohstoffreserven.

Das derzeitige ungeheure Chaos im Mittleren Osten und in den Maghrebländern ist die Folge dieses amerikanischen Interventionismus. Unterstützt durch die US-dominierte NATO, und damit durch NATO-Mitglieder wie Grossbritannien, Frankreich, der BRD, Dänemark und anderen mehr. Die ungeheure epochale Flüchtlingswelle aus den kriegsversehrten Ländern nach Europa ist die indirekte Folge dieses amerikanischen Interventionismus. Diese den USA und damit den jeweils verantwortlichen Führungsorganen anzulastende Politik ist damit auch

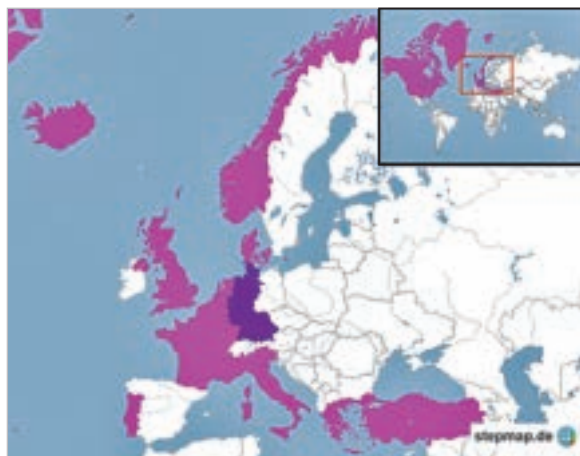
Sieben direkte und indirekte Kriege unter Präsident Obama

Übernommen: Libyen I und Afghanistan. Begonnen: Libyen II, und Syrien I, 2011, Ukraine 2014, Syrien II 2015, Jemen 2015.

die Ursache von Millionen unschuldiger Todesopfer.

Es ist offensichtlich, dass sich diese Politik «roten Linien» nähert bzw. diese bereits überschritten hat. Russland, China und andere Länder werden diese amerikanische Aggressionspolitik kaum viel länger akzeptieren.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten BRD alt und DDR und der Beendigung des Kalten Krieges entfiel der Existenzgrund des Warschauer Paktes und der NATO. Während der Warschauer Pakt nach Auflösung der Sowjetunion



NATO-Mitgliedstaaten 1955.

Bild: stepmap.de

aufgelöst wurde, blieb die NATO nicht nur bestehen, sondern begann, sich schrittweise nach Osten auszudehnen (NATO-Osterweiterung), dies im krassen Widerspruch zu den Zusicherungen, welche Russland gegeben wurden, nämlich jede Ausdehnung der NATO nach Osten zu

unterlassen. Kürzlich wurden grössere Kampfverbände der NATO bis vor die russische Westgrenze verschoben und umfangreiche NATO-Manöver unmittelbar vor der russischen Westgrenze sollten Russland abschrecken. Pikant: Vor 75 Jahren standen im Rahmen des Zweiten Weltkrieges Kampfverbände der Wehrmacht 200 km vor Leningrad. Heute stehen im Rahmen der NATO wiederum Deutsche Kampfverbände 150 km vor St. Petersburg; mit welcher Rechtfertigung? In Polen und Rumänien werden durch die NATO Raketenabwehrdispositive installiert, angeblich gegen den Iran gerichtet. Für jeden normal denkenden Menschen ist klar, dass diese Stellungen gegen Russland gerichtet sind.

Verantwortlich für die NATO-Osterweiterung ist die Regierung der USA, unter den Präsidentschaften von George W. Bush, Bill Clinton und Barak Obama.

Die «NATO-Osterweiterung» ist die Hauptursache für die Destabilisierung Osteuropas. Es ist offensichtlich, dass die «rote Linie» hier überschritten wurde, zum Beispiel in der Ukraine (durch die USA 2014 finanziert Putsch gegen die rechtmässig gewählte Regierung der Ukraine und Entfernung der für die USA missliebigen Regierung). «Regime Change» nach amerikanischem Muster.

Die Rücknahme der Krim in die Russische Föderation ist die Folge dieser Provokation

, dasselbe gilt für die Erklärung von zwei «Autonomen Republiken» im Donbass. Es ist bemerkenswert, dass in den westlichen Medien über die Krim immer nur von «Annexion» durch Russland die Rede ist; die vorangehende Provokation wird verschwiegen.

Sollten weitere Provokationen seitens der US und der NATO gegen die Russische Föderation erfolgen, so ist mit dem Dritten Weltkrieg zu rechnen. Jeder objektive Geschichtsschreiber wird dann ehrlicherweise die USA als Verursacher und

Die vorstehende Darstellung betrifft erwiesene Fakten und nicht wie oft unterstellt wird, Verschwörungstheorien. Diese historischen Sachverhalte werden in den «westlichen» Medien selten, und meist verfälscht dargestellt. Die sogenannten westlichen «Main Stream Medien» sind ein «Einheitsbrei». Auch die NZZ zeichnet sich dadurch aus, dass ihre gesamte Berichterstattung, einschliesslich der Veröffentlichung von Leserbriefen und von Gastkommentaren, unausgewogen russlandfeindlich und damit unausgewogen westfreundlich ist, man muss sich fragen, weshalb?

In Deutschland spielt die sogenannte Atlantikbrücke, eine Lobbyorganisation zur Pflege der Beziehungen zwischen der BRD und USA (bis Frühjahr 2019) präsidiert durch Friedrich Merz, eine grosse Rolle. Die Chefredaktoren der wichtigsten deutschen Printmedien und der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten (ARD und ZDF) sind Mitglieder dieser Organisation.

Wie soll das weitergehen? Im Wahlkampf um die amerikanische Präsidentschaft 2016 machte Donald Trump eine Menge Versprechungen. Unter anderem nannte er zwei wichtige Zielsetzungen seiner (erhofften) Präsidentschaft: erstens Verbesserung der Beziehungen zwischen USA und Russland und Rückzug der USA aus der Weltpolizistenrolle. Leider zeichnet sich ab, dass sich eine starke Gegnerschaft gegen diese Ziele entwickelt.

Für Aussenstehende ist erkennbar, dass sich die Gegner aus den sogenannten «necons» sowie dem «Deep State» zusammensetzen, ergänzt durch die übrigen politischen Gegner Trumps. Unverständlich ist für Aussenstehende auch die Ernennung von Mike Pompeo (vormaliger Chef der CIA) zum Secretary of State (Aussenminister) und von John Bolton zum Sicherheitsberater. Beide hintertreiben die obgenannten Pläne Trumps öffentlich erkennbar mit allen Mitteln. ■

Für Aussenstehende ist erkennbar, dass sich die Gegner aus den sogenannten «necons» sowie dem «Deep State» zusammensetzen, ergänzt durch die übrigen politischen Gegner Trumps. Unverständlich ist für Aussenstehende auch die Ernennung von Mike Pompeo (vormaliger Chef der CIA) zum Secretary of State (Aussenminister) und von John Bolton zum Sicherheitsberater. Beide hintertreiben die obgenannten Pläne Trumps öffentlich erkennbar mit allen Mitteln. ■



NATO-Osterweiterung bis 2018.

Bild: MR online

Auslöser bezeichnen müssen, und nicht Russland, welches sich seit dem Ende des Kalten Krieges in der Defensive befindet.

Wenn immer wieder von Provokation die Rede ist und diese immer der Person Putin angelastet wird, so wird im Lichte des dargestellten Ablaufes klar, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Die Provokation liegt beim Westen. Genauer bei den USA, unterstützt durch die NATO und in manchen Fällen auch bei der Europäischen Union (Sanktionen).

Barack Obama wurde bei seinem Amtsantritt der Friedensnobelpreis verliehen. Während seiner achtjährigen Amtszeit führte er dann sieben direkte und indirekte Kriege gegen aus amerikanischer Sicht missliebige Regimes; zwei davon wurden von seinem Vorgänger übernommen, fünf in eigener Entscheidung begonnen. Damit ist Obama samt Entourage zum Kriegsverbrecher avanciert. Und die ganze westliche Welt will davon keine Kenntnis nehmen. Die Vorgänger von Obama, Clinton und G.W. Bush, einschliesslich der für die Kriegsführung verantwortlichen Regierungsmitglieder, sind naturgemäss ebenfalls Kriegsverbrecher. Dasselbe gilt für die Regierungsspitzen von England (Blair) und Frankreich (Sarkozy), soweit sie an diesen illegalen Interventionskriegen mitwirkten.

Aber der «Böse» ist Putin, obschon er während der gesamten bisherigen Amtszeit, einschliesslich der Swap-Phase mit Medwedew, keinen illegalen Krieg vom Zaune riss. Es sollte bald den einfachsten «westlichen» Köpfen klar werden, welches der tatsächliche Sachverhalt ist.



Oberst i Gst aD
Erwin Mächler
Dr. oec. publ.
Ehemals Mitglied
Konzernleitung Holcim
9445 Rebstein

Aus dem Bundeshaus

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SiK-SR) trat am 2. April mit 9 zu 2 Stimmen auf die Änderung des Zivildienstgesetzes (19.020) ein.



Zivildienstesätze im Ausland sollen nach Ansicht der Kommissionsmehrheit (7 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung) aber weiterhin möglich sein. Eine Minderheit will zudem keine zwölfmonatige Wartezeit zwischen dem Einreichen und dem Stattgeben von Zivildienstgesuchen, wie sie von der Kommission mit Stichentscheid des Präsidenten befürwortet wurde. Am 23. Mai wird in der SiK-SR die Gesamtabstimmung über das Geschäft erfolgen, das dann im Sommer vom Ständerat behandelt wird.

Die nationalrätliche Schwesterkommission (SiK-NR) stimmte am 9. April mit 17 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Rüstungsprogramm 19 zu. Ein Antrag, keine neuen 8,1cm Mörser zu beschaffen, wurde mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt. Mit jeweils 18 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen wurden das Immobilienprogramm VBS 2018 und der Rahmenkredit für Armeematerial 2019 angenommen. Zur geplanten Teilrevision der Waffenverordnung erteilte die dazu konsultierte SiK-NR mit Stichentscheid des Präsidenten dem EJPD zu mehreren Artikeln Prüfungsanträge. Sie sollen mehr Klarheit und weniger administrativen Aufwand bei der Umsetzung der geänderten Waffenrichtlinie bewirken, falls diese am 19. Mai von der Stimmbewölkerung angenommen würde. VBS-Chefin Viola Amherd informierte die SiK-NR unter anderem über das geplante Vorgehen bei der Suche nach einem neuen Chef der Armee.

Die SiK-NR vertagte am 29./30. April die Behandlung der Motion 18.4280, die den RS-Beginn auf die Berufslehreabschlüsse abstimmen möchte, auf ihre Juni-Sitzung. Dem Nationalrat beantragte sie (mit 13 zu 12 Stimmen knapp), die Änderung des Güterkontrollgesetzes (18.060) bis zum Herbst 2021 zu sistieren. Beide SiK lassen sich vom Bundesrat über den Stand des «Mörser 16» orientieren, dessen Einführung sich infolge Entwicklungsschwierigkeiten verzögert.

Dr. phil. Fritz Kälin,
Nof (Miliz) Stab MND, 8840 Einsiedeln